

Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen



LSU

Wer spricht da
eigentlich für uns?

JULI 2021

Moin!

So langsam kommen wir in der Republik und auch in Niedersachsen im Wahlkampf an. Die letzten Ratssitzungen vor der Sommerpause sind meist auch die letzten der laufenden Wahlperiode. Im Bund ist die letzte Plenarwoche dieser 19. Legislaturperiode bereits Geschichte und Annalena Baerbock – und vor allem wohl ihr Team – stellt inzwischen fest, dass Vorschusslorbeer die wohl am schnellsten verwelkende Pflanzenart ist.

Für uns ist diese Schlussphase der Legislaturperiode die Zeit, einmal zurückzublicken. Wer hat eigentlich „für uns“, also zu LSBTI-Themen, im Deutschen Bundestag das Wort ergriffen? So sprachen wir mit Stefan Kaufmann, Unterstützer von Anfang an, Mitglied der „Wilden 13“ und inoffizieller queerpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Seine interessanten Antworten sind nachzulesen auf den Seiten 4 bis 6.

Neben diesem bekannten Gesicht gab es aber auch eine ganze Reihe von Abgeordneten, deren Namensnennung nicht sofort ein dazugehöriges Bild in einem hervorruft. Ihnen widmen wir die Seiten 6 bis 9, wobei unsere Darstellung zwar umfangreich aber sicher nicht abschließend sein kann. Dabei geht es auf Seite 9 auch noch um eines der kontroverseren Themen der letzten Jahre, das kurz vor „Toresschluss“ auch noch ab-

geräumt wurde. Allerdings nicht von der Politik, sondern von der fachlich wie sachlich zuständigen Bundesärztekammer: Die Diskriminierung von Männern, die Sex mit Männern haben, bei der Blutspende fällt.

Zwei CDU-Fraktionsvorsitzende meldeten sich kürzlich per Interview zu Wort und sprachen dabei auch über den Umgang ihrer Partei mit LSBTI. Ralph Brinkhaus auf Bundesebene (im Focus) und Dirk Toepffer im Landtag (in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung) konstatierten unisono, dass sich die Haltung der CDU zu dieser Thematik deutlich geändert habe – wenn vielleicht auch etwas langsamer als bei anderen. Darüber berichten wir in den Kurzmeldungen auf Seite 3 genau wie über dieses Politikum: Jörg Litwinschuh-Barthel beendet seine Tätigkeit an der Spitze der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld.

Matthias Eitenbenz hat sich, ebenfalls passend zum Wahlkampf, auf Seite 11 Gedanken zum Gendersternchen gemacht und rät zu mehr Gelassenheit. Mehr Gelassenheit hätte man auch den Herren – Damen gibt es dort meines Wissens lediglich zwei – der UEFA gewünscht; vor allem aber mehr Aufrichtigkeit und Haltung. Wir schauen noch einmal auf die Diskus-

sion um die Regenbogenbeleuchtung der Münchner Allianz Arena und vor allem darauf, worum es auch nach dem Abpfiff gehen muss: Fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen im europäischen Partnerland Ungarn (ebenfalls auf Seite 11).

Zu guter Letzt gibt es noch überraschende und positive Nachrichten aus der Niedersachsen Union. Mehr wird hier nicht verraten, einfach auf Seite 12 selbst nachlesen.

Ich wünsche eine anregende Lektüre und im Anschluss eine schöne Sommerzeit und erfolgreiche Wahlkämpfe.

Ihr und Euer

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen





Foto: Tobias Koch

CDU manchmal zu träge

Chef der Landtagsfraktion über Konservatismus

Dirk Toepffer hat den teils zu trägen Kurs der CDU bemängelt. Im Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung sagte er, konservativ zu sein heiße in der Politik, zunächst skeptisch zu sein aber Vernünftiges zu übernehmen. In einer Partei mit Strömungen brauche das aber Zeit: „Wir haben uns als Union auch zu spät mit der Gleichberechtigung von Homosexuellen beschäftigt. Da hat sich das Dickschiff CDU zu langsam in eine andere Richtung bewegt.“ 🌈



Foto: Tobias Koch

Union entwickelt sich weiter

„Akzeptanz gehört zum christlichen Menschenbild“

Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat sich im Interview mit dem Focus geäußert: „Wir haben uns in Sachen ‚Homosexuelle und Transgender‘ als Union weiterentwickelt, und das ist auch gut so. Für mich gehört es zum christlichen Menschenbild, dass wir jeden so akzeptieren, wie er ist.“ Außerdem sagte er, es bereite ihm „große Sorgen, wenn Ungarn sich von unserem gemeinsamen Wertekonsens verabschiedet.“ 🌈



Foto: BMJV/Photothek

Überraschender Abschied

Vorstand der Hirschfeld-Stiftung geht

Jörg Litwinschuh-Barthel, Geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, wird diese Position ab November räumen. Das teilte er beim Festakt zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung mit. Zuvor hatte es Irritationen gegeben, weil das zuständige SPD-geführte Bundesjustizministerium die Stelle ausgeschrieben hatte, was weder die Satzung vorsah noch vom Kuratorium gewünscht war. Die Stiftung fördert Forschung und Aufklärung zu LSBTI. 🌈



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Eine moderne LSBTI-Politik

Dr. Stefan Kaufmann über die „Wilden 13“ und die moderne CDU

Dr. Stefan Kaufmann ist neben dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und dem früheren Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Ole von Beust vermutlich der bekannteste offen schwule Politiker der CDU. Wir sprachen mit ihm über seine Rolle innerhalb der Unionsfraktion, seinen Einsatz für LSBTI-Rechte und über die Frage, ob es eine genuin christdemokratische LSBTI-Politik gibt.

LSU: Lieber Stefan Kaufmann, Sie gelten als der inoffizielle „queerpolitische“ Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Oder sind Sie das inzwischen ganz offiziell?

Stefan Kaufmann: Vielen Dank. Ich freue mich natürlich, dass ich so wahrgenommen werde. Aber ja: Es stimmt. Es gibt bis heute keinen offiziellen „queerpolitischen“ Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Aus meiner Sicht ist das eine wichtige Funktion innerhalb der Bundestagsfraktion, über deren Einführung wir möglichst noch vor der Bundestagswahl 2021 sprechen sollten. Ich stehe jedenfalls gerne für diese Funktion bereit. Es geht aber im Grund nicht allein um die Funktion an sich, sondern darum, was sie beinhaltet. Im Kern geht es darum, der LSBTI-Community innerhalb und außerhalb der Unionsfraktion ein Gesicht und politische Gravitas zu geben, um für Akzeptanz von Homo- und Transsexuellen zu werben und entsprechende LSBTI-Initiativen oder -Gesetzesvorhaben zu unterstützen bezie-

ungsweise auf den Weg zu bringen. Auch als Ansprechpartner für die Fraktionsführung und die Regierung hilft natürlich eine Sprecherfunktion – so wie es bei den anderen Bundestagsfraktionen üblich ist. In diesem Zusammenhang darf ich sagen, dass wir mit der LSU bereits eine offizielle Parteiorganisation haben, die schon seit 20 Jahre mit zunehmendem Gewicht innerhalb der CDU und CSU für mehr Rechte und Akzeptanz queerer Menschen kämpft und dem Thema Gesichter gibt. Das ist gut und dafür bin ich dankbar. Ich bin übrigens eines der Gründungsmitglieder der LSU.

LSU: 2012 gehörten Sie zu jener Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten, die die steuerliche Gleichstellung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften gefordert haben – erst in der Fraktion, dann führten Sie auch auf dem CDU-Bundesparteitag die Diskussion. Wie hat sich diese Gruppe damals zusammengefunden und formiert?

Stefan Kaufmann: Zunächst hatten 12 weitere Kolleginnen und Kollegen und ich in der parlamentarischen Sommerpause 2012



einen offenen Brief an die Unionsfraktion sowie die Bundesregierung verfasst und gefordert, dass die steuerliche Gleichstellung von Homosexuellen und Ehepaaren noch vor dem Ende der Legislatur angegangen werden muss – ohne auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu warten. Es war spannend und toll zugleich, dass wir hierfür aus vielen verschiedenen Ecken der Fraktion und der Partei Zuspruch erhalten haben, unter anderem von Ruprecht Polenz und Dagmar Wöhlrl. Die Initiative für den Brief kam von Elisabeth Winkelmeier-Becker. Sie hatte Kolleginnen und Kollegen angeschrieben, die sie als mögliche Verbündete ansah. Innerhalb der Frist haben sich dann 12 Kolleginnen und Kollegen gemeldet. Es gab erste Treffen – und bald war aufgrund des Aufbegehrens der Gruppe gegen die Fraktionsführung in den Medien die Bezeichnung „Wilde 13“ gebo-

LSU: Wie ging es mit dieser informellen Gruppe weiter? Wie sollte es künftig weitergehen?

Stefan Kaufmann: Die Gruppe „Wilde 13“ hat aktuell 33 Mitglieder und wächst weiter; in der letzten Legislaturperiode waren wir wegen der größeren Fraktionsstärke sogar über 40. Das freut mich sehr. Wir treffen uns mehrmals im Jahr – jedenfalls immer dann, wenn aktuelle Gesetzesvorhaben wie die geplante Novelle des Transsexuellengesetzes oder die Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz um die sexuelle Identität im Parlament zur Debatte stehen. Hierzu laden wir in der Regel die maßgeblichen Entscheidungsträger – zum Bei-

spiel Bundesminister Jens Spahn (der auch selbst Mitglied ist) oder Thorsten Frei, stellvertretender Fraktionsvorsitzender – oder die Berichterstatter ein. Wir führen aber auch Gespräche mit Interessenvertreterinnen und -vertretern aus Verbänden. Ziel ist es, dass unsere Positionen unter anderem im parlamentarischen Verfahren gehört und verstanden werden und dass wir uns über die einzelnen Arbeitsgruppen hinweg ein gemeinsames Bild machen und in die Fraktion hineinbringen. Natürlich wünsche ich mir, dass die Gruppe auch in der neuen Legislaturperiode weiterhin Bestand hat und wir als soziologische Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch weiterhin für die Rechte der LSBTI-Politik eintreten werden. Denn: Wir haben heute ein belastbares und zuverlässiges Netzwerk, das auch über Legislaturperioden hinweg funktioniert.

LSU: Gibt es Ihrer Meinung nach eine genuin christdemokratische LSBTI-Politik und wie würden Sie diese beschreiben?

Stefan Kaufmann: Hand aufs Herz: Sie war nicht von Anfang vorhanden – sie ist es aber heute. Das ist eine ausgesprochen positive Entwicklung. Wenn ich mir die vergangenen 16 Jahre anschau, dann darf man mit Fug und Recht sagen: Die Union hat eine moderne – in Teilen auch konservative – LSBTI-Politik. Bestes Beispiel dafür ist, dass 2017 immerhin 75 Unionsabgeordnete für die Ehe für alle gestimmt haben – kurz vor der Bundestagswahl und ohne eine parteiinterne Debatte dazu. Natürlich gibt es immer wieder Stimmen, die sich hier 100 Prozent der

Ehrenpreis für die „Bürgerlichen 13“



Im Frühjahr 2013 ehrte der Bundesverband der Lesben und Schwulen in der Union die 13 Unionsabgeordneten, die sich im Jahr zuvor für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und heterosexuellen Eheleuten im Steuerrecht eingesetzt haben.

Die Medien taufen die Gruppe rund um Elisabeth Winkelmeier-Becker und Matthias Zimmer „Wilde 13“ – die LSU taufte sie kurzerhand um in die „Bürgerlichen 13“. Neben den beiden genannten zählten zu der ursprünglichen Gruppe noch: Ingrid Fischbach, Olav Gutting, Frank Heinrich, Stefan Kaufmann, Jürgen Klimke, Rolf Koschorrek, Jan-Marco Luczak, Jens Spahn, Nadine Schön, Marcus Weinberg und Sabine Weiss.

Stimmen gewünscht hätten. Aus meiner Sicht gibt es die aber nicht. Insofern ist „Luft nach oben“ eine tolle Motivation, um weiter für eine genuin christdemokratische LSBTI-Politik – auch gemeinsam mit der LSU – zu kämpfen. Dass auch heute noch in Sachen LSBTI-Politik viel passiert, kann man an

einem aktuellen Beispiel sehen: Es freut mich sehr, dass wir mit der Verabschiedung des Rehabilitierungsgesetzes für homosexuelle Soldat:innen einen Meilenstein gesetzt haben. Ich finde auch hier: Ein klarer Beweis dafür, dass wir heute eine genuin christdemokratische LSBTI-Politik innerhalb der Union haben.

Erlauben Sie mir einen kleinen Ausblick: Auch bei der Erstellung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2021 müssen LSBTI-Themen – wie zum Beispiel die Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz um die sexuelle Identität, falls uns das in dieser Legislaturperiode nicht mehr gelingt – einen prominenten Platz einnehmen. Dafür werde ich mich einsetzen und freue mich, wenn ich hierbei – wie schon bisher – auf die LSU bauen kann. Dann kann es gelingen!*

*Das Interview ist vor der Veröffentlichung des Regierungsprogramms von CDU und CSU entstanden.

Streiter für Artikel 3

Dr. Jan-Marco Luczak

Seit Jahren fordert die LSU gemeinsam mit anderen LSBTI-Organisationen die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 unseres Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität. Unsere Verfassung soll an exponierter Stelle auch deutlich bekennen, dass eine Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen, von Transidenten oder Intergeschlechtlichen nicht geschehen darf.

Ein engagierter Streiter für diese Erweiterung ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak. Als im Mai der Deutsche Bundestag noch einmal über die Erweiterung debattierte, berichtete Luczak davon, dass er vor Beginn der Sitzung gemeinsam mit Stefan Kaufmann 100.000 Unterschriften der Initiative „Grundgesetz für alle“ entgegengenommen hatte. Luczak führte zudem aus, dass die Zahl trans- und homophober Straftaten zunähme, dass zwar entscheidende Programme dagegen angestoßen wurden, aber dass es seiner Ansicht nach eines deutlichen gesellschaftlichen Zeichens bedürfe.

Er sagte weiter: „Ich persönlich bin dafür. Daraus will ich überhaupt kein Hehl machen; ich habe das schon seit vielen Jahren deutlich gemacht. Ich weiß aber, dass im Hohen Hause, auch in meiner Fraktion, viele noch unentschlossen und manche noch dagegen sind, nicht weil sie etwas gegen Schwule oder Lesben haben, sondern weil sie sagen: Die Verfassung ist ein hochstehender Rechtstext,



Jan-Marco Luczak ist seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter aus Berlin Tempelhof-Schönefeld. Luczak ist Vorsitzender der Berliner Landesgruppe.

und in Artikel 3 Absatz 3 ist schon jetzt durch Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts genau das geschützt, was wir hier ändern wollen, die sexuelle Identität. – Das sind Argumente, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann.“

Ihm sei es zu Beginn seiner Zeit im Bundestag ganz ähnlich gegangen, auch da sei er gegen eine Erweiterung des Grundgesetzes gewesen. Doch abschließend erklärte er deutlich: „Ich sage es noch einmal: Ich persönlich glaube, dass wir diese Änderung von Artikel 3 Absatz 3 brauchen. Wir brauchen ein starkes, ein deutliches, ein sichtbares Zeichen in unserer Verfassung, dass alle Menschen hier frei leben und lieben können. Dafür will ich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich werben.“

Drei für alle Fälle

Bettina Wiesmann, Marc Henrichmann und Paul Lehrieder

Die Themen sind besonders kompliziert und auch ein wenig pikant. Aber diese drei Abgeordneten haben sich mit Fleiß, Mut und Gewissenhaftigkeit an die aus LSBTI-Sicht wohl dicksten Bretter der Legislaturperiode gewagt: Bettina Margarethe Wiesmann, Marc Henrichmann und Paul Lehrieder sprachen im Bundestag für die Unionsfraktion zur Einführung einer dritten Geschlechtsoption, dem Verbot von unnötigen Operationen an Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung und zur Reform des Transsexuellengesetzes (TSG) beziehungsweise zum grünen Entwurf eines Selbstbestimmungsgesetzes.

Dritte Geschlechtsoption: Es gibt Jungs und Mädchen, die zu Männern und Frauen werden. Und es gibt Menschen, bei denen eine solche Zuordnung nach der Geburt nicht eindeutig möglich ist. Für diesen Fall hat der Bundestag 2018 „divers“ als die dritte Option zur Eintragung im Personenstandsregister geschaffen. Es war ein komplizierter Kompromiss, den Henrichmann so begründete: „Auch dieser Begriff erfüllt nicht alle Erwartungen. Die weitestgehende Forderung war, 20 Zeichen zur eigenen Bezeichnung der sogenannten geschlechtlichen Identität freizugeben. Aber das staatliche Interesse, Personenstandsregister mit Beweiswert zu führen, lässt eben keine subjektive Komponente oder Selbsteinschätzung zu – und das nicht, um Betroffene zu ärgern oder zu diskriminieren, sondern auch und insbesondere, um Betroffene zu schützen.“

Wiesmann erklärte in derselben Debatte, sie betrachte die Einführung der dritten Geschlechtsoption als einen ersten von zwei zusammengehörenden Schritten, „um intersexuellen und transsexuellen Menschen ein würdiges, selbstverständliches und respektvolles Dasein in unserer Gesellschaft – und zwar in der Mitte der Gesellschaft – zu ermöglichen“. Gemeint hat sie damit die noch ausstehende Reform des Transsexuellengesetzes, bei dem Karlsruhe den Auftrag zur Reform erteilt hatte.



Bettina M. Wiesmann,
CDU-Abgeordnete für
Frankfurt am Main



Marc Henrichmann,
CDU-Abgeordneter für
Coesfeld/Steinfurt



Paul Lehrieder, CSU-
Abgeordneter für
Würzburg

Transsexuellengesetz: Wenn das biologische und das empfundene Geschlecht nicht übereinstimmen, spricht man von Trans-identität. Das TSG regelt, wie der Geschlechtseintrag geändert werden kann. Zahlreiche Reformen wurden bereits erwirkt, doch der große Wurf ist in dieser Legislatur nicht geglückt. Dabei gab es Entwürfe vom Innenministerium, vom Justizministerium, von der FDP und von den Grünen. Wiesmann sagte dazu im Mai 2021: „Leider ist es uns bisher nicht gelungen, das Transsexuellengesetz zu reformieren, obwohl uns neben den Betroffenen auch das Verfassungsgericht diese Notwendigkeit aufgezeigt hat. Ich bin darüber angesichts des Vorliegens eines durchaus diskutablen Entwurfs bestürzt und appelliere an die Bundesregierung und an beide Häuser, noch einen Versuch zu unternehmen. Liebe alle, wir wollen gemeinsam mit einem Kindergrundrecht – wohlformuliert – das Kindeswohl bei das Kind betreffenden Maßnahmen sorgfältig berücksichtigt wissen. Das muss auch in Fragen einer geschlechtlichen Transition gelten. Dafür ist eine Beratungslösung, verbunden mit gerichtlichen Feststellungen für Minderjährige, ein kluger Weg, den wir zügig beschreiten sollten.“ Auch Henrichmann stellte klar, woran ein Kompromiss wohl scheiterte: „Ich glaube aber, es ist wichtig, dass man auf Beratung und Begleitung nicht verzichtet.“

Verbot von Intersex-Operationen: Der Bundestag hat im März 2021 beschlossen, dass unnötige Operationen zur Geschlechtsangleichung bei Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung (Intergeschlechtlichkeit) verboten werden. Sowohl Wiesmann als auch Lehrieder betonten, dass es dabei um das Wohl des Kindes gehe und nicht den Wunsch der Eltern nach Eindeutigkeit. Lehrieder sagte: „Das Kind und sein Wohl stehen an erster Stelle. Es erhält damit die notwendige Zeit und Möglichkeit, mit sich selbst und seiner Umwelt die nötigen Erfahrungen zu sammeln, um seine eigene, selbstbestimmte Entscheidung zu treffen.“

„Es ist okay, so wie Du bist“

CDU-Minister Jens Spahn lässt gefährliche „Homo-Heilung“ verbieten

Dieser Beschluss aus dem Mai 2020 war ein wichtiges Zeichen aber auch real ein wichtiger Fortschritt: Auf Initiative von Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU) wurden sogenannte Konversionstherapien verboten. Wer Homosexuelle vermeintlich von ihrer sexuellen Orientierung heilen möchte, macht sich damit also strafbar.

Im Bundestag sprach **Sabine Weiss**, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, zu dem Thema: „Jeder Mensch soll sich in unserer Gesellschaft mit seiner ganzen Persönlichkeit willkommen und gut aufgehoben fühlen, auch mit seiner sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität.“ Angesichts der Tatsache, dass es Organisationen gebe, die Therapien oder Behandlungen anböten, wollte sie klarstellen: „Wo es keine Krankheit gibt, da braucht es eben auch keine Therapie.“

Erwin Rüddel ergänzte für die Unionsfraktion: „Ich wünsche mir (...), dass die besonders vulnerable Gruppe der Kinder und Jugendlichen Unterstützung erhält, um sich zu entfalten und dabei ihren eigenen Weg zu finden.“ Auch er stellte klar: „Homosexualität ist keine Krankheit, und dementsprechend kann es auch dafür keine Therapie geben.“

Auch **Emmi Zeulner** begrüßte das Gesetz, stellte aber einen besonderen Aspekt heraus: „Bei allem war für mich auch wichtig, dass Seelsorge natürlich weiter möglich bleibt. Gerade in einer Phase, in der Menschen nach Orientierung und Hilfe suchen, bietet Seelsorge oft Halt und Hilfe an. Aber es ist wichtig, dass hier klare Grenzen vonseiten des Staates gezogen werden, da eine Konversionstherapie eben keine Bagatelle ist, sondern eine Menschenrechtsverletzung.“



Sabine Weiss ist seit 2009 direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Wesel I. Seit März 2018 ist sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesgesundheitsminister tätig.



Erwin Rüddel ist seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Neuwied. Seit 2018 ist er Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, dem er seit Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit angehört.



Jens Spahn ist seit 2002 direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Steinfurt I - Borken I. Seit 2018 ist er Bundesminister für Gesundheit.

Wer sprach ... zur Blutspende?

Zwei Gesundheitsexperten werben für fachlich begründete Schritte

Ist die aktuelle Regelung zur Blutspende diskriminierend? Darüber diskutierte nicht nur der Bundestag in den zurückliegenden Jahren intensiv. Die Hämotherapie-Richtlinie in ihrer derzeitigen Form sieht vor, dass Männer, die Sex mit Männern haben, erst nach zwölf Monaten Enthaltensamkeit zur Blutspende zugelassen werden. Bei heterosexuellen Menschen ist hingegen das individuelle Risikoverhalten relevant. Man könnte also meinen, homo- und bisexuellen Menschen wird per se ein risikohaftes Verhalten vorgeworfen.

Im Bundestag verteidigten Rudolf Henke und Emmi Zeulner die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Diese sieht wie folgt aus: Oberste Priorität hat der Schutz der Empfänger einer Blutspende. Zum Schutz dieser Gruppe wurde nach der Erfahrung mit der Blut-Aids-Krise festgelegt, dass die Kriterien zur Blutspende rein fachlich und nicht politisch festgelegt werden sollen. Zuständig dafür sind die Bundesärztekammer und das Paul-Ehrlich-Institut.

Im Bundestag sagte **Rudolf Henke** (CDU) in der Debatte am 27. Mai 2020: „Die Frage, wer zur Spende zugelassen wird, wessen Blut zur Spende angenommen wird und wo wir durch Rückstellungen oder durch Ausschlüsse entscheiden, dass eine Spende nicht möglich ist, ist keine Frage, die politisch entschieden werden kann.“ Und weiter: „Nach Auffassung unserer Fraktion ist das keine politische Frage, sondern eine Frage, die im Kern eine wissenschaftliche, eine medizinische, eine epidemiologische Frage ist.“

Emmi Zeulner (CSU) ergänzte: „Wenn wir uns die Fakten anschauen, wird klar, dass hier keine Diskriminierung Grundlage der Entscheidung ist, wer unter welchen Voraussetzungen als Blutspender infrage kommt und wer nicht. Vielmehr wird ausschließlich aufgrund einer Risikobewertung nach dem anerkannten Stand der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft entschieden.“

Mit dem zweiten Bevölkerungsschutzgesetz hat der Deutsche Bundestag im Frühjahr 2020 auch beschlossen, dass die Bundesärztekammer ihre Kriterien zur Rückstellung bei der Blutspende regelmäßig diesem Stand der Forschung anpassen muss. Das ist nun inzwischen passiert. Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU) erklärte Ende Juni: „Ab Herbst soll zur Blutspende zugelassen sein, wer in den letzten vier Monaten nur Sex ohne Risiko hatte – egal ob mit Mann oder Frau.“



Rudolf Henke ist seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter aus Aachen. Er gehört dem Gesundheitsausschuss an. Von 2007 bis 2019 war er Vorsitzender des Marburger Bundes. Er ist seit 2011 Präsident der Ärztekammer Nordrhein.



Emmi Zeulner ist seit 2013 direkt gewählte Abgeordnete aus Kulmbach. Sie gehört unter anderem dem Gesundheitsausschuss an. Zeulner ist Gesundheits- und Krankenpflegerin.

Egal, wie man liebt

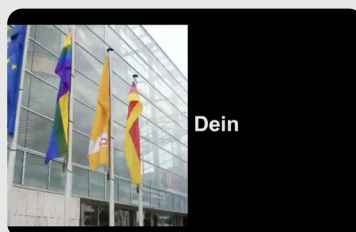
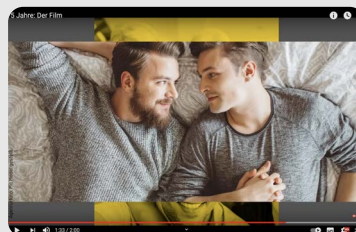
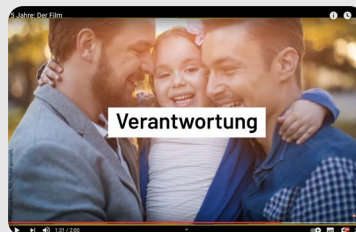
Die Union-Art zu sagen: Wir haben verstanden

Das erste Mal passierte es im vergangenen Jahr. Die CDU feierte ihr 75-jähriges Bestehen; Corona-bedingt allerdings nicht mit einem großen Festakt, sondern mit einem kleinen Clip. 120 Sekunden für 75 Jahre Erfolgsgeschichte, hohes Tempo, schnelle Bildwechsel – Adenauer, Erhard, Kohl. Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Wende. Und dann natürlich Angela Merkel und die Krisen der vergangenen Jahre bis hin zum Corona-Lockdown.

So weit, so erwartbar. Doch dann, in der 86. Sekunde schon die erste Irritation: „Wir waren nicht immer an vorderster Front bei der Frauenbewegung – ABER: Als wir es begriffen haben, waren wir konsequent.“ Dann die Einblendung: Monika Grütters, Annegret Kramp-Karrenbauer, Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Julia Klöckner nebeneinanderstehend, herzlich lachend. Die CDU ist auch eine Frauenpartei.

Die größere Überraschung kam aber direkt danach. „Und wir sagen heute: Familie ist, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.“ Bebildert wurde dieser CDU-Claim mit drei verschiedenen Stock-Bildern: zuerst mit zwei Frauen im Brautkleid, anschließend mit zwei Vätern und ihrer Tochter und zuletzt mit einem schwulen Pärchen, händchenhaltend nebeneinanderliegend. Danach folgten noch mehr Varianten klassischer und moderner Familienkonstellationen.

Ein starkes Zeichen. Es wirkte wie das Eingeständnis: Wir haben da was vermasselt die letzten Jahre, aber jetzt haben wir verstanden.



Und so ging es dann weiter, nicht rückblickend, sondern im Videoclip zum allerersten digitalen Bundesparteitag im Januar 2021 – #wegenmorgen. Darin heißt es: „Also: Warum macht man diesen Job? Zum Beispiel, damit sich in unserem Land jeder sicher fühlen kann. Egal, an was man glaubt. Oder wie man lebt. Oder wie man liebt.“ Jeder dieser Sätze wurde bebildert mit ganz unterschiedlichen Menschen, die für die Vielfalt der modernen Bundesrepublik stehen. Während der letzten vier Sätze sieht man zwei junge Männer auf den Straßen Berlins, die sich bei den Händen fassen. Auch im Wahlkampfspot der CDU Baden-Württemberg finden sich übrigens die vier kleinen Worte: „Egal, wie man liebt.“ Und wieder das Eingeständnis: Wir haben da was vermasselt die letzten Jahre, aber jetzt haben wir verstanden.

Der jüngste Clip, in dem es eine Reminiszenz an die LSBTI-Community gab, war der Teaser zur Verkündung des CDU/CSU-Regierungsprogramms. Direkt zu Beginn des kurzen Videos, in dem der Beteiligungsprozess und die Gemeinschaft der Union beschworen wurde, war eine Aufnahme des Konrad-Adenauer-Hauses zu sehen, wo an einem der vier Fahnenmasten die Regenbogenflagge wehte.

Ein starkes Zeichen. Oder alles nur Pinkwashing? Keineswegs, denn die Union handelt längst kongruent zu dieser farbenfrohen Werbung. Wie ernsthaft die Unionsfraktion für die Rechte von LSBTI kämpft, haben wir auf den vorangegangenen Seiten dargelegt.

Krieg des Sternchens

Matthias Eitenbenz wirbt für Gelassenheit in der Genderdebatte

Ich bin kein großer Freund des Gendersternchens und seiner kleinen Geschwister Doppelpunkt und Unterstrich. Wer allerdings in diesem Kommentar ein Plädoyer gegen die Verwendung „gendergerechter“ Sprache erwartet, wird enttäuscht werden. Ich bin nämlich von der ganzen Debatte, die sich zunehmend zu einem Glaubenskrieg entwickelt, genervt.

Während die Befürworter jedem, der das Sternchen ablehnt, pauschal unterstellen, er sei in irgendeiner Weise reaktionär oder lehne eine vielfältige Gesellschaft ab, sehen die Gegner den Untergang der deutschen Sprache oder wahlweise der Gesellschaftsordnung aufziehen. Teile der Union mischen bei der Diskussion kräftig mit. Der Landesvorsitzende der CDU Hamburg, Christoph Ploß, glaubt in dem



Thema sogar einen Wahlkampfschlager entdeckt zu haben und fordert mit seinem Landesverband ein Verbot in bestimmten Bereichen.

In dieser Diskussionsstimmung geht leicht das eigentliche Anliegen verloren: Das Fördern einer offenen, pluralen, diskriminierungsfreien Gesellschaft. Ich kann deshalb den Gegnern in meiner eigenen Partei nur raten, für die eigene Position zu werben, dabei allerdings Gelassenheit an den Tag zu legen und Toleranz gegenüber anderen Positionen zu zeigen.

Den Befürwortern sage ich, nicht jeder der das Gendersternchen ablehnt ist ein Gegner einer offenen, pluralen gleichberechtigten Gesellschaft.

Matthias Eitenbenz

matthias.eitenbenz@lsu-online.de

Auch nach dem Abpfiff

Die liberale Demokratie muss auch nach der EM verteidigt werden

Die politische Lage in Polen und Ungarn bereitet uns schon seit mehreren Jahren große Sorge. Der Rechtsstaat und die liberale Demokratie werden von den eigenen Regierungen bekämpft. Die ersten Leidtragenden dieses Kurses sind Minderheiten, etwa die LSBTI-Community.

Ende Juni geriet diese Politik unverhofft in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit, ausgerechnet die Fußball-Europameisterschaft hatte dazu beigetragen. Für einige Tage wurde ganz Deutschland in ein Meer aus Regenbogenfahnen verwandelt. Auslöser war ein Gesetz in Ungarn, das vordergründig Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen soll. Tatsächlich verbietet dieses Gesetz jedoch, dass Kinder und Jugendliche darüber aufgeklärt werden können, dass es auch Liebe jenseits der heterosexuellen geben kann. Das Gesetz geht so



weit, dass es Bücher und Filme verbietet, ebenso Werbung, bei der Homosexualität als etwas Normales dargestellt wird. Aus Protest gegen dieses Gesetz sollte die Allianz Arena in München in Regenbogenfarben erstrahlen, was die Uefa untersagte.

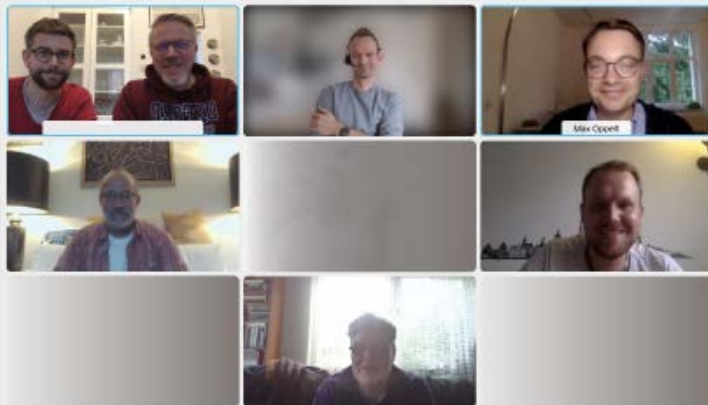
Die Reaktion der Öffentlichkeit war grandios, nicht nur EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, sondern auch zahlreiche andere Unionspolitiker verurteilten das ungarische Gesetz aufs Schärfste. Auf den Punkt brachte es Fritz Güntzler MdB: „Das ungarische Gesetz ist eine Schande. Gleichzeitig müssen wir auch in unserer Gesellschaft stärker für eine bessere Akzeptanz eintreten!“

Wir stimmen ihm zu: Nicht nur in Ungarn, sondern überall müssen wir für Akzeptanz kämpfen. Auch nach dem Abpfiff.

Neues aus Niedersachsen

LSU-Landesvorsitzender in den CDU-Landesvorstand kooptiert

Sven Alexander van der Wardt, seit 2017 Landesvorsitzender der LSU in Niedersachsen, gehört nun auch dem Landesvorstand der Niedersachsen Union an. Sebastian Lechner, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, hat den LSU-Chef Ende Juni darüber informiert, dass sich der Vorstand für eine sofortige Kooptation ausgesprochen hat. Gespräche darüber wurden schon länger geführt, die geplante Anerkennung der LSU als Sonderorganisation der CDU sollte doch zunächst abgewartet werden. Dieser Schritt hätte die Aufnahme in den Landesvorstand qua Satzung geregelt. Da aufgrund der Corona-Pandemie die Abstimmung über die Satzungsänderung mehrfach verschoben werden musste, hat die Niedersachsen Union nun eigenständig gehandelt.



LSU trifft ... Max Oppelt CDU-Kandidat in Hannover

Anfang Juli sprachen wir mit Maximilian Oppelt, dem Bundestagskandidaten im Wahlkreis Hannover-Stadt I, über seine politischen Anliegen. Er skizzierte dabei die aktuelle Lage der Union vor der Bundestagswahl, die in diesem Jahr ohne Amtsinhaberbonus und mit den Grünen als Herausforderern ganz anders wird als die früheren. Zudem bekräftigte Max Oppelt, welche wichtige Bedeutung der LSU in der modernen Volkspartei CDU zukommt.

LSU trifft...

Immer am ersten und dritten Donnerstag im Monat lädt die LSU in Niedersachsen zum digitalen LSU-Stammtisch. Bis zur Bundestagswahl stehen die Treffen unter der Überschrift „LSU trifft...“ – als Gäste werden Kandidaten für die Bundestags- und Kommunalwahl eingeladen.



SCAN ME

Die Digital-Veranstaltungen beginnen immer um 19 Uhr und werden künftig auf anderthalb Stunden zeitlich begrenzt. Für die Teilnahme am digitalen LSU-Stammtisch einfach diesen QR-Code scannen oder vorbeischaun auf: lsuinniedersachsen.my.webex.com/meet/unioncorner